

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Gerber, Industriehalle
Messehof-Zürich
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz folgen
Doppelpost.

Der Sozialdemokrat

Abonnements
werden nur beim Verlag, und
desse bekannten Agentur, ent-
nommen und zwar zum
voraus zahlbar.
Preis für die Schweiz (Kontinental)
Fr. 2.— für Deutschland (Kontinental)
Fr. 1.— für die übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontinental).
Inserate
Die werbepolitische Zeitungs-
Anzeige kostet 20 Pf.

Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge

N. 3.

Sonntag, 19. Oktober.

1879.

Wiss an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch im Reich der Deutschen in der letzten Zeit sehr beliebt und nach wie vor gelesen wird, so ist es uns sehr angenehm, dass die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“ sich bemühen, die Redaktion mit den neuesten Nachrichten und Berichten zu versehen, und letztere dadurch zu bereichern, dass unsere Zeitschrift so vielen Lesern

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag leicht abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine unparteiische Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt, andererseits aber auch ein möglichst zuverlässiges Zahlungsmittel mitzubringen. In vorerwähnten Fällen empfiehlt sich der Gebrauch von Postanweisungen, welche an uns besetzt werden, wobei wir gemäß obiger Bitte nach Italien überlassen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unter Umständen möglichst regelmäßig zu liefern.

Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstages.

(Fortsetzung.)

Bis zu den Osterferien war die Session der erwähnten Gegenstände der Beratung, und außerdem der Feststellung des Etats gewidmet. Nach den Ferien hatte der Reichstag sich mit demjenigen Gegenstande zu beschäftigen, welcher den eigentlichen Grund zur Auflösung des vorigen Reichstages geliefert hatte: mit der „Zoll- und Wirtschaftsreform“ des Fürsten Bismarck.

Am 31. März 1881 läuft das sogenannte Septennat — der im Jahre 1874 auf sieben Jahre neubewilligte eiserne Militärzins — ab. Fürst Bismarck will nicht, daß der Militärzins nach Ablauf dieser Frist von den „Läunen der Volksvertretung“, von den Zufälligkeiten des allgemeinen Stimmrechts abhängig sei; das „Reich“ soll „finanziell unabhängig“ sein. Unabhängig von den Einzelstaaten; und unabhängig von dem Reichstage. Es müssen daher feste und dauernde Einnahmequellen für das Reich geschaffen werden. Und zwar reichlich fließende; denn der Militarismus kostet Geld, viel Geld, von Jahr zu Jahr mehr Geld. Dabei geht freilich der Parlamentarismus zu Grunde — denn ein Parlament, das kein Budgetrecht hat, ist ohnmächtig und ein Spiel- oder Werkzeug der Exekutivgewalt — aber viel war ja an dem deutschen Parlamentarismus nicht mehr zu Grunde zu richten; die liberalen „Parlamentarier“ par excellence hatten es sich ja angelegen sein lassen, das Wort ihres Abgotts: „Der Parlamentarismus muß durch den Parlamentarismus todt gemacht werden“, zu verwirklichen und Todtengräberdienste am Parlamentarismus zu verrichten.

Auf die Bedürfnisse des das Fundament des Systems Bismarck bildenden Militarismus läßt sich der ganze „Wirtschafts- und Zollreform“-Plan des Fürsten Bismarck zurückführen. Der deutsche Reichskanzler ist heute gerade so viel und gerade so wenig Schutzpflanze, wie er vor zehn Jahren und bis zum verflohenen Jahre Freihändler war. Damals brauchte er für seine politischen Zwecke die liberale Bourgeoisie; jetzt, nachdem er Alles von ihr erlangt, was sie ihm bieten konnte, und nachdem sie ihm die geforderten neuen Einnahmequellen verweigert — jetzt probirt er es naturgemäß mit den reaktionären Faktoren, und sucht sich durch eine reaktionäre Wirtschaftspolitik die Mehreinnahmen zu verschaffen, deren er zur Erhaltung und Verstärkung des Militarismus nicht entbehren kann.

Der Nothstand, in welchem sich unsere Industrie befindet, erleichtert die Durchführung des Plans. Die goldenen Berge, die von dem Aposteln des alleinseligmachenden Freihandels, Evangeliums verheißt worden, haben sich als täuschende Fata morgana erwiesen; dem Willkürschwandel der ersten fiebziger Jahre ist eine Krise gefolgt, die nun seit vollen fünf Jahren auf uns lastet, und alle Industriezweige schwer betroffen hat. Unter solchen Verhältnissen ist es erklärlich, daß ein großer Theil der Industriellen, diejenigen vor Allen — und es sind dies weitans die Meisten —, welche über Ursprung und Wesen der gegenwärtigen Geschäftskrisis im Unklaren sind, sich von dem Freihandel abwenden, dem sie fälschlicherweise hauptsächlich ihre traurige Lage zuschreiben, und mit der siebesten Hand des Kranken, der in seiner Verzweiflung sich dem ersten besten Wunderdoktor in die Arme wirft, nach dem dargebotenen Heilmittel greifen, und vom Schutzoll die Erlösung von allen Uebeln erwarten.

Dazu kommt noch die klägliche Lage des deutschen Handels, das reichend schnell seinem Untergange zueilt, und mit ähnlicher Hast, wie ein Theil der Industrie, die Arme nach einem rettenden Strohhalme ausreißt. Und ferner der unbefriedigende Stand der deutschen Landwirtschaft, die präfabrierte Krisen der Masse unserer Mittel- und Kleinbauern, denen die vorgehaltene Lockpfeife des Getreidezolls Visionen von hohen Getreidepreisen und paradisischem Wohlbestehen vorzaubert, während die reichen Grundbesitzer und Latifundialherren — namentlich des nördlichen und östlichen Deutschlands — gleich den englischen Landlords der guten alten Cornlaw-Zeit in einem Schutzoll auf Getreide das bequenste Mittel, ihr oft fürfälliges Einkommen ohne Mühe um ein Erkleckliches zu steigern, erblicken mußten.

Das Wirtschaftsprogramm, welches Fürst Bismarck im Dezember des vorigen Jahres veröffentlichte, fiel unter solchen Verhältnissen auf günstigen Boden. Industrielle, Handwerker, Bauern, aristokratische und nicht aristokratische großgrundbesitzende Gönner des „Bruder Bauer“, unterstützt von der altpreußischen Bureaucratie, der das Einbügeln mit dem Liberalismus längst ein Greuel war, scharten sich um das neuentfaltete Banner, für das die offizielle Presse nach Kräften die ärmernde Klammertrommel rührte — und es dauerte nicht lange, so ward es dem aufmerksamen Beobachter klar, daß die „wirtschaftliche Reformbewegung“, welche Fürst Bismarck mit agitatorischen Hochdruck-

betrieb, auf keinen erfolgreichen Widerstand Seitens der Freihandelspartei stoßen würde.

Ein Glück war es für die Leiter jener „Bewegung“, daß ihr Sozialistengeheiß auf sie keine Anwendung fand, denn in wänter, geblühender Weise ist wohl niemals „der öffentliche Friede, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdet“, Klasse gegen Klasse, Stand gegen Stand, Gewerbezweig gegen Gewerbezweig, Land gegen Stadt, Stadt gegen Land, kurz jede „Interessengruppe“ gegen die andere so systematisch ausgeheißt, die gemeinsten Leidenschaftlichkeiten so ebnisch entfesselt, der häßlichste Interessentkampf, der Krieg Aller gegen Alle so rüchaltlos gepredigt und geführt worden, wie in jener Zeit. Genau — mehr als die Hälfte der Reichstagsabgeordneten erklärten sich für das Programm des Reichskanzlers, dem von vornherein die Majorität im Reichstag gesichert war.

Kurz, der Freihandel hatte die Schlacht schon verloren, ehe der Kampf im Reichstage noch begonnen.

Die zweite Hälfte der diesjährigen Session war fast ausschließlich der Bismarck'schen Zoll- und Steuerpolitik gewidmet. Das, warum es sich für den Fürsten eigentlich handelte, waren die neuen Steuern und die sogenannten Finanzzölle, d. h. solche Zölle, deren ausgesprochener Zweck die Füllung des Reichsäckers ist. Die Schutzzölle kamen erst in zweiter Linie, sie waren der Kaufpreis für die neuen Steuern und die Finanzzölle.

Durch die Verquickung der Schutzzölle mit den Finanzzöllen und Steuern brachte Fürst Bismarck den Reichstag in eine fatale Zwischelage: für die Schutzzölle konnte er auf die Unterstützung des Zentrums, für die Finanzzölle und Steuern bis zu einer gewissen Höhe auf die Nationalliberalen, für diese wie für jene auf die Unterstützung der konservativen Fraktionen rechnen. Da aber die Konservativen sowohl mit dem Zentrum, als mit den Nationalliberalen vereinigt eine Majorität bildeten, so hatte Fürst Bismarck es in der Macht, nach Belieben die Liberalen durch das Zentrum und das Zentrum durch die Liberalen zu schlagen.

Ersteres ist denn auch auf das Gründlichste geschehen, letzteres dagegen erwies sich als überflüssig, da der Nationalliberalismus im Moment der Entscheidung jeden Zusammenhalt verloren hatte, und „bündnisunfähig“ geworden war, so daß Fürst Bismarck es vorzog, über die Köpfe des Herrn von Bennigsen und seiner geprellten Kollegen hinweg mit dem Zentrum den famölen „Pakt“ abzuschließen, welcher der „politischen Henschel“ des Kulturkampfes ein Ende machte und die natürliche Bundesgenossenschaft des Säbels und der Knie, des Bismarck'schen Staats und der orthodox-christlichen Kirche beider Konfessionen zum Ausdruck brachte.

Unsere Stellung zu den Zoll- und Steuervorlagen waren klar vorgezeichnet.

Prinzipielle Gegner des Militarismus und des herrschenden politischen Systems, hatten wir Nein! zu sagen. Unser alte Devise: „Dieses System keinen Groschen!“ war nicht jetzt wieder unsere Losung. Aber es schien uns nothwendig, sie mit Hinblick auf die augenblickliche Lage von der Tribüne herab zu begründen.

Die Frage: ob Schutzoll oder Freihandel? ist für unsere Partei durch die allen Genossen bekannte Resolution des Gothaer Kongresses vom Jahre 1876 auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt. Jene Resolution lautet:

„Der Kongress erklärt, daß die Sozialisten Deutschlands den innerhalb der bestehenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzoll und Freihandel fremd gegenüber stehen; daß die Frage, ob Schutzoll oder nicht, nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß; daß die Noth der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen wurzelt; daß aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; daß endlich die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzoll eine Staatshülfe ersehende Bourgeoisie die Kostanten aus dem Feuer zu holen.“

Es war unsere Absicht in der Generaldebatte gemäß obiger Resolution näheres darzulegen, daß Freihandel und Schutzoll überhaupt keine prinzipielle Gegensätze sind, daß der in territorialer Hinsicht, d. h. die Befreiung aller Verkehrsstraßen zwischen den verschiedenen Staaten nur die nothwendige Konsequenz des nationalen Freihandels ist, d. h. der Befreiung aller Verkehrsstraßen zwischen den verschiedenen Theilen eines Staates. Dörfern, Städten, Bezirken, Provinzen; daß der internationaler Freihandel kein nothwendiges Corollar (Ergänzung) in einer internationalen Regelung der Arbeit, d. h. der Produktion finde; daß aber in bestimmten Kontingenzen Fällen ein Schutzoll sehr wohl empfohlen könne, zum Beispiel, wenn eine junge lebensfähige Industrie dadurch

gegen die erdrückende Konkurrenz des kapitalistisch überlegenen Auslandes geschützt würde, oder wenn es gälte, die Produktion arbeitsloser Arbeiter gegen die erdrückende Konkurrenz ausländischer Kinder, und Frauenarbeit zu schützen, wiewohl auch Schutzollner mühen uns sehr gleichgültig lassen. So lächerlich es war und ist, den Freihandel für die Krise, unter welcher die deutsche Industrie und der deutsche Handel leiden, verantwortlich zu machen, so lächerlich war und ist es, vom Schutzzoll die Befreiung der Krise zu erwarten. Schutzoll und Freihandel haben mit der gegenwärtigen Krise nicht das Mindeste zu schaffen.

Es ist wahr, die Krise, welche seit fünf Jahren in Deutschland herrscht, ist durch die (wenn man die Mittel des Volkes betrachtet) kolossale Besteuerung zu Militärzwecken und durch die überhörsche Vertheilung unheimlich gesteigert und verschärft worden, allein im Großen und Ganzen wurzelt dieselbe doch in den allgemeinen ökonomischen Verhältnissen. Schon der bloße Anblick, daß die Welt-Krisis der letzten Jahre die schutzpflanzlichen Staaten mit der nämlichen Wucht getroffen hat, wie die freien händlerischen, zeigt, daß die Ursache wo anders und tiefer liegt. Und für den, der die Wahrheit sehen will, und die Lehren der Rationalökonomie kennt, ist die Ursache offenbar, wie die Sonne. Es ist die, von dem Kapitalismus unerreichtbare Anarchie der Produktion, die es unmöglich macht, die Konsumtion mit der Produktion in Harmonie zu setzen. So lange dies nicht geschieht, ist, vermag keine Gewalt der Erde vermag nicht die größte Noth, nicht der beste Wille der Einzelnen die periodische Wiederkehr der Krisen zu verhindern, die — selbstverständlich in Folge der stetigen Zunahme der Produktion durch Verbesserung und Erweiterung der Produktionsmittel — einen stets heftigeren Charakter annehmen, auf immer weitere Kreise ausüben müssen. Abgesehen von diesen periodischen Krisen liegt es in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise, daß die Produktion überhaupt in rascherem Tempo fortschreitet, als die Konsumtion, und daß sich in Folge der kolossal sich steigenden Produktion bei zunehmender Verarmung der konsumirenden Produzenten, ein chronisches, stets wachsendes Ueberschneidungsverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion herausentwickelt, an welchem allein schon die heutige Gesellschaft zu Grunde gehen muß, und war in nicht allzu ferne Zeit.

Obgleich der von uns bestimmte Redner sich rechtzeitig zum Wort gemeldet, und Tag für Tag während der eine Woche in Anspruch nehmenden Generaldebatte die Rednart erneuert hatte, so wurde er dennoch nicht zum Wort zugelassen. Also die einzige Partei, welche in dieser ganzen Frage einen prinzipiell oppositionellen Standpunkt einnimmt und eine von der allen übrigen Parteien grundverschiedene Auffassung besitzt, wurde daran verhindert, ihr kritisches Wort abzugeben!

Nach dieser Erfahrung waren wir von vornherein darauf gefaßt, von der Debatte über „die große Wirtschaftsreform“ ausgeschlossen, und höchstens bei untergeordneten Punkten, die keine prinzipielle, umfassende Behandlung erlaubten, zum Wort zugelassen zu werden. Wir waren um so mehr hierauf gefaßt, als die Gegner erwarten mußten, daß unsere Vertreter nicht nur über die wirtschaftliche Lage und deren Ursachen, sondern auch über die Wissenschaftlichkeit der Vertheidiger des herrschenden Gesellschaftssystems sehr unliebsame Wahrheiten aussprechen würden. Und wir täuschten uns nicht.

Bei den beiden wichtigsten Spezialfragen, der Finanzzölle und den Getreidezöllen, suchten wir zum Wort zu kommen, und zwar bei der zweiten und dritten Lesung, allein man wiederholte uns gegenüber die Taktik der Generaldebatte. Und als namentlich einer der Unterzeichneten eine unwichtige Position bei den Finanzzöllen zu einer prinzipiellen Darlegung benützen wollte, wurde ihm dies Seitens des Präsidiums unmöglich gemacht, so daß die Ausführungen unvollständig blieben, und in ihrer Unvollständigkeit zu falschen, irrigen Auffassungen den Anlaß geboten haben. Zum Glück gelang es noch unmittelbar vor Schluß der Session, in der Generaldebatte dritter Lesung und gelegentlich der Position: „Petroleum, die Stellung der Sozialdemokratie zu den Bismarck'schen Zoll- und Steuerreformen“ annähernd zu präzisieren.

Auch bei den Debatten über die Tabaksteuer gelangten wir zum Wort.

Die Annahme der Regierungsentwürfe in der durch den „Pakt“ zwischen Konservativen und Zentrum modifizierten Form erfolgte mit großer Majorität. Die liberale Partei, die durch die Beteiligung des Sozialistengesetzes sich politisch den Todesstoß versetzt und durch Abtretung des Reichstagspräsidiums an die liberal-konservative Allianz ihre politische Niederlage eingestanden hatte, war nun auch auf dem Gebiete besetzt, wo sie ihre Hauptstärke hat: auf dem wirtschaftlichen.

Ueber die konservative Session, die mit Annahme der Zoll- und Steuergehe ihren von Bismarck bezweckten Abschluß gefunden und dem deutschen Volke eine Mehrbesteuerung im Betrage von 130 Millionen Mark aufgehals hat, ist hier nur noch wenig nachzutragen.

*) Angegebenes und unterzeichnet in diese Resolution von Brade, Fried, Friedlae, Grillenberger, Hasselmann, Liebmann, Mosch. (S. Protokoll des Sozialisten-Kongresses zu Gotha vom 19. bis 22. Aug. 1876, S. 90.)

Die bei Verabreichung des Sozialistengesetzes von allen Seiten versprochenen „positiven Maßnahmen“, war nicht zur Lösung der sozialen Frage, aber doch zur Milderung der sozialen Schäden, ...

Unter den zahlreichen Fragen, welche den Reichstag außerdem beschäftigten, sei noch der Wahlprüfungen und der Wucherfrage gedacht. Zu zwei Wahlprüfungen — der Waldenburger und der Offenbach-Luisburger Wahl — bei denen unsere Partei direkt interessiert war, ...

Als zu Anfang der Session das Ungehörigste vermerkt ward, stieg der Reichstag daselbst nicht einfach in den Papierkorb, sondern übergab es, um der Reichsregierung das Feindliche einer Niederlage zu ersparen, ...

Wenige Wochen nachher mußte er den Präsidentenstuhl räumen und — durch den halb symbolischen Akt seiner parlamentarischen Selbstentthronung den parlamentarischen Selbstmord des Nationalliberalismus zum klaffenden Ausdrück bringen. ...

Als dem Gelegenen ersehen unsere Genossen, daß wir nicht die Schuld daran tragen, wenn nicht bei allen denselben Gelegenheiten, wo es erwartet werden konnte, ein Vertreter der Partei gesprochen hat, ...

In gegnerischen Plätzen hat man uns Vorwürfe gemacht, weil wir in den Sitzungen des Reichstags wiederholt gesagt. Der Vorwurf enthält jeder Begründung. ...

(Schluß folgt.)

Die preussischen Landtagswahlen und ihre Bedeutung für die Sozialdemokratie.

He. Aus der Provinz Sachsen, 14. Oktober. Der unerbittliche, selbst die pessimistischsten Erwartungen und auch die Hoffnungen der Reaktion noch weit überragende Schlag, welchen

die beiden liberalen Parteien Preussens durch den Ausfall der Landtagswahlen erlitten haben, und die Bedeutung, welche dieses Wahlergebnis für die Weiterentwicklung der Reaktion in Preussen und Deutschland hat, ...

Am 26. Juli 1848 überreichte die Verfassungskommission der zur Vereinbarung einer Verfassung tagenden preussischen Nationalversammlung einen Verfassungsentwurf, welcher außer Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, ...

Von bekannten Parlamentariern gehörten zur Verfassungskommission Waldeck, welcher den ursprünglichen Entwurf des Entwurfs angefertigt, ...

Von den oben genannten Volksrechten war aber selbstverständlich bereits in dem von der Regierung eingebrachten Entwurf jede Spur ausgeblieben. ...

Erste Klasse: Diejenigen, welche die meisten Steuern bezahlen, so weit dieselben zusammen ein Drittel des Gesamtsumme (also hier 2/3) ...

Die dritte Klasse bildet den übrigen Rest von 15,000 Wählern. ...

Die achtundvierziger Demokraten erklärten das ganze Wahlsystem für ein Würfelspiel und erklärten sich der Wahl bis zur Zeit des Regierungsantrittes des derzeitigen Kaisers, Anfangs des sechziger Jahres. ...

Was es also vornehmlich, daß die Liberalen, wenn sie fassen, daß das Dreiklassenwahlsystem für sie arbeitete, dieses beim allgemeinen gleichen Wahlrecht vorzuziehen? ...

Liberalen im Landtage allein dominieren, bildeten sie im Reichstage für sich allein gegen die anderen Parteien die Minderheit. ...

Von Manteuffel seiner Zeit in die preussische Städteordnung eingeschoben, wurde auch die preussische Kreisordnung auf dies System aufgebaut. ...

Solche Zustände, für welche das Wahlsystem mit Recht den Liberalismus verantwortlich machte, ...

Das Resultat war denn auch schon im Voraus durch den Reichstag vorhergesehen, ...

Demnach hat die Fortschrittspartei fast die Hälfte, die Nationalliberalen aber so ziemlich ein Drittel der Wählerstimmen verloren, ...

Können wir nun zum Schluß zu der Frage, welches Interesse hat die ganze Angelegenheit für unsere Partei, welche sich doch bei diesen preussischen Landtagswahlen, ...

Was aber die Hauptsache ist: die Kleinbürger und vorzüglich auch die Kleinrentner, ...

Hier ist ein dankbarer Anlaß für die sozialistische Agitation, und wenn auch seine Verfassung nicht maßlos ist, so ist doch eine reiche Ernte sicher. ...

Niemals aber ist die Gelegenheit, dies Ziel zu erreichen, günstiger gewesen als jetzt, wo die traglichen Gesellschaftsklassen von der steigendsten Unzufriedenheit mit den vorhandenen Zuständen befeuert sind und das Vertrauen, daß eine der bisherigen Parteien sie verbessern könne und wolle, theils schon völlig verloren haben, theils auf dem besten Wege, es zu verlieren, sind.

Also an's Werk und den Vohrer angelegt, wo das Recht am dünnsten ist — dann sollen unsere Segnungen bald die Splitter in's Gesicht fliegen!

Sozialpolitische Rundschau.

Seitdem der deutsche Reichsanwalt durch seine Wiener Reise Oesterreichs Feind geworden zu sein glaubt, schlägt nun auch die bisher ostentativ russisch-österreichische Presse einen ganz andern Ton gegen den Erbfeind an und gesteht endlich zu, was andere verwünftige Leute längst gewünscht haben, daß nämlich die ehemals so dicke preussisch-russische Freundschaft augenblicklich ein ziemlich überwindlicher Standpunkt ist. Wie halten es für überflüssig, dem Beispiel der bürgerlichen Presse zu folgen und neugierigen Betrachtungen über die Folgen dieser „Folterung, Knechtung“ anzustellen. Denn einigermaßen sichere Schlußfolgerungen lassen sich nur auf vorläufigen, nicht endgültigen Grundlagen aufbauen, und solche bilden die politischen Aktionen, Bündnisse, Abschlüsse und Freundschaftszustandigungen der heutigen Welt. Bei dem Durchbruch, Laune und zahllose andere unüberwindliche Einflüsse eine so große Rolle spielen, keineswegs. Gut, es entsteht aus dem diplomatischen Ränkespiel so wie so jetzt für die Völkern, Schismen aber kann die Vereinzeltung des Herrschers der futuristischen Reaktion, Tyrannie und Barbarei ihnen kaum bringen. Es ist nur tragisch, ob dieser Zwist zwischen den beiden nordischen Militärdictatorn lang andauern wird, denn beide sind viel zu sehr einander werth, als daß sie sich nicht bald in einer Freundschaft wieder finden sollten.

Mit dem Streit zwischen Regierung und Pfaffen ist's ja ebenso. Wenn man vor Jahren auf die Möglichkeit einer vereinigten Wiederverständigung zwischen der futuristisch-kämpferischen preussischen Regierung und dem unangenehmigen Ultramontanismus hinwies und die Wiederannahme des Letzteren in Huld und Gnade der Regierung voraussetzte, ließ man fast Gefahr für verrückt gehalten zu werden. Und wie haben sich jetzt die Verhältnisse geändert! Die liberalen Kulturpauker liegen ohnmächtig zu Boden und das streitbare schwarze Fähnlein ist zur „Kerntruppe“ avanciert. Da die Macht des Zentrums ist der Regierung bereits einigermaßen über den Kopf hinaus gewachsen, da es durch die Neuwahlen auch im preussischen Abgeordnetenhaus eine ausschlaggebende Stellung erlangt und dadurch die Regierung zur Revision bestimmt, ihm unangenehme Gesetze drängen kann. Diese Veränderung der Position macht sich denn auch bereits allenfalls bemerkbar. Die Verhandlungen mit Rom werden eifrig fortgesetzt und scheinen in sich weiter Fortschritte zu greifbaren Resultaten zu führen, so daß das frühere rührende Einvernehmen zwischen weltlichen und geistlichen Zwangsregiment bald wieder plattgepreßt laßt. Um aber den Ultramontanen einseitigen den guten Willen zu zeigen, muß Abschlagszahlungen zu geben, reden die Minister und andere hohe Staatsbeamte nicht aus Fleiß, von der „Nothwendigkeit der Religion“, sondern lassen es auch an entsprechenden Thaten nicht fehlen. Irgend der hervorragendsten und beachtenswertesten Zeichen für die Verhältnisse in Deutschland herrschende Stimmung sind die Aufhebung einer Münchner Simultan- und ihre Rückverwandlung in eine Konfessionschule durch den bayerischen Kultusminister und das Verbot der Eröffnung der paritätischen Schule zu Ebing durch seinen preussischen Kollegen. Und in dieser Tonart geht's natürlich mit Grazje weiter.

Der Kampf gegen den „schwarzen Feind“ leidet, den Sozialismus, ist in der Tat eine Frage der Form. Von größtem allgemeinen Interesse sind diese Schriftenverbote, Verfassungen etc. in der Regel nicht, wenn sie auch die Einzelnen schwer schädigen und die Zukunft der Reaktion charakterisieren. Dagegen hat es selbst in weiteren Kreisen Aufsehen erregt, daß die Regierung auf's Neue Untersuchungen in Berlin vorgenommen hat und zwar gleich vier auf einmal: nämlich den Richter Meyer, den Schneidermeister Liebe, den Schuhmachermeister Bartsch, den Gerathfabrikanten Zuppen und den Weber Goldt. Daß einige der Ausgewiesenen ihre Familien in den härtesten Verhältnissen zurücklassen, alle aber materiell schwer geschädigt werden, was kümmert sich darum der Staat, der „Ordnung“ und des „Eigentums“? Die Gesetze und ihre Sanktionen sind nur für die ruhigen Bürger, nicht für gemeingefährliche Sozialisten vorhanden. Die Letzteren wissen das freilich auch und richten sich darnach. Wie aber, wenn sie derselben obenauf kämen und ihre Feindes von heute noch dem blühenden Aug im Aug und Zahn im Zahn behandelt würden? Wir glauben kaum, daß die Reaktion daran Gefallen fände, sondern daß sie sofort über Rechtlosigkeit, Ungleichheit zu schreien würde. Aber es dünkt ihnen eben unmöglich, daß ihre Herrschaft einmal ein Ende nehme. Die Macht der Thatsachen dürfte sie wohl schlicher, als man denkt, eines Besseren belehren.

Die innere Zustände Oesterreichs entwickeln sich in einer Weise, wie wenn Bismarck bei seinem Wiener Besuch sich nicht so beschall hätte. Die Kräfte, welche solange schmelzend und großend bereit standen, sind nach langen Verhandlungen mit der Regierung, die ihrer bedarf, um auf dem betriebenen Weg der Annexionspolitik ungehindert weiter gehen zu können und sich dem bisherigen überwindlichen Einspruch des Liberalismus zu entziehen, in die „Vollbestattung“ eingetreten und sind dort natürlich von der Regierung auf's Freundlichste bewillkommnet worden. Der Kaiser hat sogar ausdrücklich die der Verfassung unbedenkliche und von Regierung und Parlament bisher stets bekämpfte, rechtsanständig, der Gesetzen, nämlich das böhmische Staatsrecht, welches Böhmen zu einem vollkommenen autonomen Land und in ihm natürlich die Gesetze zu unbedingten Worten machen soll — anerkannt, worüber die Liberalen höchst empört und entsetzt sind. Und doch ist daran wenig zu ver wundern. Denn diese Anerkennung ist einfach der Preis für

die Hilfsbereitschaft der Gesetze gegen den Liberalismus. Das Letztere in dieser Richtung zu gewärtigen hat, zeigte ihm schon die bei der Vizepäsidentenwahl zu Tage getretene kompakte Mehrheit der Rechten, welche durch den Hinzutritt der Gesetze entfallen ist. Auf Grund dieses Abstimmeresultates soll denn auch bereits in Wien ein Versteherung nach rechts vor sich gehen. Der österreichische Liberalismus befindet sich demnach ebenfalls in keiner angenehmen Lage — wenn er auch nicht ganz so weit herabgekommen ist, wie der deutsche — und die Gesetze spielen ihm gegenüber eine ähnliche Rolle, wie in Deutschland das Zentrum. Immer weiter nach Osten gehen, den Liberalismus vernichten, die Deutschen durch die Gesetze abhohen und verblüthen, das polnische Land nach mehr in sich theilen und später — latin man besser pour le roi de Prusse arbeiten!

Die österreichische Sozialdemokratie ist leider noch zu schwach, um die dermalige Situation nach Möglichkeit auszuweichen zu können und außerdem stehen ihr dabei selbst innerhalb ihrer Reihen noch vielfach die derwideren Rationalitätsverhältnisse im Wege. Aber sie arbeitet, trotz aller Hindernisse und einem Druck der Regierung, welcher dem der deutschen nichts nachgibt, ruhig weiter und sucht sich namentlich innerlich zu stärken, zu verorganisieren und die im Kampf mit der Reaktion erhaltenen Verluste nach Kräften wieder auszugleichen. Als eine Frucht dieses lobenswerthen Strebens ist das Erscheinen eines neuen Zentralorgans für die österreichische Arbeiterpartei zu betrachten. Dasselbe wird vom 5. November ab in Reichenberg (Nordböhmen) unter dem Titel „Der Volksfreund“ erscheinen. Wenn sich auch vielleicht viele mit den Verhältnissen unbelannte Genossen verwundern mögen, daß der geistige Mittelpunkt der österreichischen Arbeiterbewegung so weit an die Peripherie verlegt ist, so muß die Wahl des Ortes doch als eine sehr günstige betrachtet werden, da gerade in jener industriereichen, dem benachbarten Sachsen in den Verhältnissen ähnlichen und in der Stimmung verwandten Gegend die österreichische Arbeiterbewegung von jeher ihren festen Posten hatte, der auch bisher am prägnantesten von den vielen Streikaktionen bekräftigt wurde, welche die österreichische Arbeiterbewegung so schwer geschädigt haben und die leider noch immer nicht ganz beseitigt sind. Wir heißen den neuen Kampfgesellen von Herzen willkommen und wünschen, daß er der österreichischen Arbeiterbewegung ein erfolgreicher Führer, Organisator und Vorkämpfer sein möge!

Eine jüngst vom holländischen statistischen Amt veröffentlichte Zusammenstellung der Staats-Einnahmen und Ausgaben und des Waarendurchsahs von 1876 liefert ein nettes Kulturbildchen von der „zivilisatorischen Mission“ der Europäer in Indien. Wie vertheilt dort die Ausbeutung der Eingebornen zu Gunsten — nicht des holländischen Volkes, sondern der herrschenden Klassen Hollands — betrieben wird, zeigen die Angaben des genannten amtlichen Werkes über Java. Die spekulative Mythen haben das bei ihrer Bestreben auf Java vorgefundene allgemeinmenschliche Gemeingeistigkeit an Feld vortrefflich zu ihrem Nutzen auszubenten gewagt, indem sie ihren Staat einfach an Stelle der alten, von den Gemeinen Sitten und Frohnden bestehenden Hauptstütze setzten und bezüglich dieser Leistungen noch überdies Soldatheit der Gemeinen einführten. Diese Leistungen werden nun von den Gemeinen in der rückständigsten Weise eingetrieben, wogegen die „zivilisatorische“ Regierung den eingebornen Dorfobrigkeiten unbeschränkte Vollmacht gibt, ihre Angehörigen auf jede, auch die barbarischste Weise zur Leistung der sie treffenden binglichen und persönlichen Lasten anzuhalten. Auf diese Weise bezieht Holland von Java nicht nur jährlich 15 Millionen Gulden Steuern, sondern produziert vermittels der unbezahlten Frohndienste der Eingebornen bei einer Ausbeute von nur 15 Millionen Kaffeelast und Zucker last Werthe von 49 Millionen, so daß es sich jährlich nicht weniger als für 34 Millionen unbezahlte Arbeit aneignet. Damit aber noch nicht genug, zieht der edle Staat von Java auch noch einen weiteren Nettogewinn von 25 1/2 Millionen aus dem Schatzkassen, das Volk vergiftend und es geistig, körperlich und materiell zu Grunde richtend in Opiumhandel.

Und für alle diese fabelhaften Leistungen erhalten die Javaner von Holland nichts als Beamte, Soldaten und — Pfaffen, von denen sie sich beherrschen, schinden und noch weiter privatrecht aus saugen lassen müssen. Wird das aber den armen „Witken“ einmal zu viel und suchen sie ihr Joch etwas zu erleichtern, dann kommt die ultima-ratio der modernen europäischen Zivilisation: blaue Bohnen und eiserne Zuckerrübe, und zwingt die lebendigen Arbeitinstrumente, geduldig und unterwürdig weiter zu schaffen. Das ist das Gesellschafts-Ideal der herrschenden Klassen, das sie nicht nur in fernem Kolonien, sondern selbst es geht und unter Beobachtung modernster Formen auch in Europa durchzuführen und festzuhalten suchen.

Belgien befindet sich gegenwärtig in einer durch die Hegezeiten des turbulenten Pfaffenthums hervorgerufenen Erregung. Der an der Regierung befindliche Liberalismus hat bekanntlich ein Schulgesetz vorgelegt, welches die Staatschulen ihres bisherigen professionellen Charakters entleert und die Religion aus der Schule dahin verweist, wohin sie allein gehört: in die Kirche. Dies Gesetz, welches bei konsequenter Durchführung allerdings geeignet ist, der unheilvollen Macht der Kirche über die Schule endlich ein Ende zu machen, wird nun von den in ihrem Besitz stand bedrohten Pfaffen auf das heftigste angegriffen. Nicht nur, daß sie von Kanzel und Belfried gegen die „religiöse“ Staatsschule wehren, sondern sie belegen auch alle Lehrer, welche an den Staatschulen wirken, sowie die Eltern, welche ihre Kinder in diese schicken, ja sogar alle übrigen Familienglieder und die Kinder selbst mit der kirchlichen Exkommunikation, welches Mittel bei der Beschränkung der durch die Pfaffen mit Einwilligung des Staates systematisch verdummten Mehrheit des Volkes eine bedeutende Wirkung äußert. In vielen Gegenden, namentlich in Flandern und Hennegau, findet eine Massendemonstration der Kinder von den Staatschulen statt und auch zahlreiche Lehrer ziehen vor, sich mit der mächtigen Kirche nicht zu überwerfen und treten daher in die freien katholischen Schulen über. Infolge dessen sind bereits über 1200 Staatschulstellen vacant und dürfte auch nicht so bald anderweitiger Ersatz beschafft werden.

Diesen Feindseligkeiten gegenüber ist auch die Haltung der Liberalen eine mehr als schwächliche. Statt den herrschenden

Kultenträger energisch gegenüberzutreten und offen auf eine vollständige Trennung von Kirche und Staat, die der Macht der Kirche am schnellsten und radikalsten ein Ende macht, hinzu arbeiten, beschränkt sich der so heftig angegriffene Staat auf den passiven Widerstand und behandelt seine grimmigen Feinde noch mit der größten Rücksicht. Ja, seine Verblendung geht so weit, daß er statt die Gelegenheit zur gründlichen Beilegung alles pfläffischen Unwues aus der Schule zu benützen, selbst demonstrativ und in ekelhaftester Weise religiöse Feindelei treibt. So hat der Unterrichtsminister van Hambee jüngst in einem Rundschreiben an die Provinzialgouverneure erklärt, daß durch das neue Schulgesetz keinerlei Veränderung in Bezug auf die bisherigen (religiösen) Gemohnheiten, die Gebete und religiösen Bilder und Embleme in den Schulen eingetretet sei, und daß an Stelle der Geistlichen nun die Lehrer den Religionsunterricht geben werden, indem sie ohne irgendwelche Kritik oder Erläuterung lediglich den Katechismus recitieren. Die Metakalen haben ganz recht, wenn sie sagen, daß sich die „religiösen“ Staatschulanhänger der Bächtlichkeit und Verachtung preisgeben, indem sie jetzt, wo die Religion geistlich aus dem Schulprogramm entfernt ist, Kränze, Kreuzbesteckungen und Heiligenbilder in den Schulen aufhängen und die Lehrer den Kindern einen Katechismus einpaulen lassen, von dem sie selbst nicht ein Wort glauben.

Auf solche Weise wird man mit dem als Feind nicht zu unter schätzenden Pfaffen nicht fertig und wenn die belgische Regierung nicht noch ganz andere Saiten aufzieht, namentlich auch der freien Kirche durch Befreiung des Kultusbudgets eine Lebensader unterbindet, dann wird der religiöse Kulturkampf genau ebenso erden wie der Bismarckische. Der Liberalismus ist eben überall gleich tendentiam und impotent.

In Frankreich nimmt die Agitation für die vollständige Amnestie immer größere Dimensionen an und beruht in Verein mit den wachsenden Sympathien für die Personen der nach einem langen Martyrium zurückgekehrten Kommunisten und die von diesen vertriebenen Sach, eine tiefgehende Bewegung des Volkes, welche der Entwicklung der Dinge im Sinne des Sozialismus überaus günstig ist. Was seit mehr als acht Jahren in Frankreich eine äußerst Seltsamkeit gewesen, kann man jetzt auf allen Gassen hören: Die Propaganda für den Sozialismus. Während Louis Blanc und Blanqui im Süden vor begeisterten Versammlungen sprechen, ist in Paris letzter Zeit namentlich der Friedhof eine Stätte der wirksamsten Agitation geworden, nämlich gelegentlich mehrere Begräbnisse zurückgekehrter Deportirter. Besonders hervorzuheben ist in dieser Richtung das großartige Begräbnis des ehemaligen Nationalgardiehauptmanns Gras, bei welchem mehrere Tausende vor den zehn Tausenden, welche das Leichenamt gaben, im sozialistischen Sinne sprachen. Ein Arbeiter Namens Gauthier, richtete angesichts des Grabs die Aufforderung an die Arbeiter, das von Gras mit begonnene Werk der Befreiung der Bourgeois fortzusetzen. „Es mag gut sein“, meinte er, „Worten zu halten; vor Allem aber müsse man handeln, von den Borden zu den Thaten übergehen.“ „Leveletier (von der „Marseillaise“) verheerliche die Kommunisten.“ „Ja“, rief er aus, „die Republik wurde erhalten durch die, welche wie Gras, nicht im Augenblick der Gefahr verzweifeln, die kämpfen, sterben, und die in Ermanglung des Sieges die Hoffnung verabschieden.“ Bürger Delaborde aber schloß seine feierliche Rede mit den Worten: „Im Namen meiner Freunde, aber auch als Proletariat, gebe ich meine Zustimmung mit den Worten, welche am Grabe dieses neuen Opfers des sozialen Krieges, dieses neuen Opfers der schredlichen Rache, der Furcht der Bourgeois gesprochen wurden. Aber, Bürger, der Ruf: „Es lebe die Republik!“ läßt heute nicht mehr die, welche aus der Ausbeutung des Proletariats Nutzen ziehen, von denen, welche ihre Opfer sind, unterscheiden.“ Da wir, die Enkelkinder der sozialen Ordnung, keinen Anteil an der Erde, der Sonne, der Freiheit, auch an unsern Antheil an dem Produkt der Arbeit der Vergangenheit haben wollen, so muß ein anderer Ruf ertönen, der jede Zweideutigkeit beseitigt. Der Ruf: „Es lebe die Republik!“ genügt und nicht mehr. Proletariat! Sagen wir die proletarische Forderung hinzu. Rufen wir: „Es lebe die soziale Republik!“ „Es lebe der Sozialismus!“ Auch in Versammlungen und Vorträgen wird der Sozialismus viel besprochen und die Nothwendigkeit der Bildung einer einheitlichen und aktionsfähigen sozialistischen Partei lebhaft erörtert.

Den Kämpfenden für die Amnestiebewegung ist neuerdings ein gänzlich unangenehmer Bundesgenosse erwachsen in Gambetta's „Republique française“. Indes ist es dem Doyen republikaner dabei natürlich keineswegs um die Sache des Rechts und der Menschlichkeit zu thun, sondern handelt es sich lediglich um eine politische Finte. Einerseits will nämlich Gambetta den ihm in seiner Totalität nicht mehr genehmen Bismarck durch das Amnestiegehehen ein Bein stellen, andererseits empfindet er das Bedürfnis, sich bei den mächtigen werdenden radikalen Arbeiterthum wieder etwas zu rehabilitieren, was nicht nur für ihn, sondern auch für die Amnestiebewegung, sondern auch das fast noch unerwartete Gelingen der „Répub. franç.“ zu Gunsten der streikenden Pariser Bauarbeiter zeigt. Ob freilich die Pariser Arbeiter sich durch solche leicht durchsichtige Manöver so leicht täuschen lassen und sich willig als Werkzeug für die Pläne des Creditors gebrauchen lassen werden, ist mehr als zweifelhaft.

Vorläufig indes hat das Austreten des Gambetta'schen Organes soviel erreicht, daß nicht nur die öffentliche Meinung sich weit lebhafter als bisher mit der Amnestie befaßt, sondern daß auch das Cabinet und die Kammerfraktionen bereits darüber berathen haben. Zwar haben sowohl das linke Centrum und die republikanische Linke, als das Ultracentrum die volle Amnestie aus neuer abgelehnt, allein letzteres war keineswegs einstimmig, sondern stimmten zwei Minister (Arvieux und Leprieux) für die Amnestie. Einen weiten Stolz hat die Regierung durch die kürzlich erfolgte Wahl des vor Kurzem nach an die Galeresalle geschickten, jetzt amnestierten Kommunisten Dumpey, sowie die, des ebenfalls amnestiefreundlichen Bürger's Bouteiller zu Pariser Municipalräthen erhalten. Die neuerdings erfolgte Anklage Dumpey's wegen Glorifizierung der Kommune wird die Lage der Regierung kaum verbessern, vorausgesetzt, die mehr, sehr verschleppern, denn der Unwille über diese Gewaltmaßregel ist ein allgemeiner. Die Tage des jetzigen Ministeriums sind offenbar ebenso gewählt wie diejenigen des Widerstands gegen die volle Amnestie überhaupt.

Der schließliche Triumph in dieser Frage aber wird der Entwicklung der Dinge und der Sache des Sozialismus einen mächtigen Auftrieb geben.

Wie weit Verleumdung und unsinnige Staats- und Gesellschaftsinstitutionen ein Land und Volk herabbringen können, dafür liefert den schlagendsten Beweis Italien, jenes von der Natur so bevorzugte Land, aus dem jeder Tag neue Nachrichten über den wahrhaft erschreckenden Grad von Elend bringt, in welchem sich die Ueberzahl des armen Volkes befindet, und das überdies in steter, rapider Zunahme begriffen ist.

Diese schreckliche Krankheit besteht in einer krankhaften Veränderung des ganzen Organismus. Die Schleimhäute des Mundes und der Verdauungsorgane entzündet sich und machen die Aufnahme der elenden Nahrung fast unmöglich, die Muskelsubstanz nimmt ab und eine tiefgehende Störung der Funktionen des Nervensystems tritt ein.

Bisher griffte das Pellagra nur in der Lombardei, jetzt aber verbreitet es sich infolge des wachsenden äußersten Nothstandes immer mehr gegen Süden. Wie der „Prestes“ von Parma meldet, hat der Präfect dieser Stadt die traurigsten Nachrichten über den Stand dieser Krankheit empfangen.

Aber auch, wo diese Pest nicht hindringt, ist deshalb das Volk meist nicht viel besser daran. Namentlich drückt die wahrhaft unerträgliche Höhe der zahllosen Steuern das Volk nieder und preßt ihm den letzten Groschen, der ihm etwa noch geblieben, erbarmungslos ab.

Das unter solchen Umständen und bei der systematischen Vernachlässigung der Schulbildung die Verbrechen gegen Eigenthum und Leben eine, ohne Inbetrachtung aller dieser Ursachen unbegreifliche Höhe erreicht haben und der Zustand der öffentlichen Sicherheit selbst in bewohnten Gegenden sehr viel zu wünschen übrig läßt, ist ebenso begreiflich, wie die zahlreichen Ausbrüche der Verzweiflung des Volkes, welche sich in lokalen Aufständen und Gemaltheftigkeiten Luft macht.

Das trotz alledem die sozialistische Bewegung überhaupt noch existirt, ja daß in neuerer Zeit gelegentlich mehrerer Sozialistenprozesse in Bologna, Carrara, Modena, Genua, Forlì, Livorno u. s. sich sogar an zahlreichen Orten lebhaft Sympathien für die „Riffelblätter“ gezeigt haben — das ist ein Zeichen, daß sich in Wahrheit selbst durch die düstere Finsterniß von Unwissenheit und Vorurtheil endlich Bahn brechen muß, und gibt die Gewißheit, daß auch für den italienischen Sozialismus einst noch bessere Tage kommen und er dann ein Wachsthum werden wird.

Der Sozialismus hat nun auch in Rumänien Eingang gefunden, d. h. er beginnt, wenn auch vorläufig noch langsam, sich auch unter einheimischen Volkstheilen auszubreiten, während die dortigen Anhänger des Sozialismus bisher fast ausschließlich aus Deutschen, Italienern und einigen Sarden bestanden hatten.

unerhörte Partei- und Beamtenformation und die total zerfallenen wirtschaftlichen, namentlich Ackerbau-Verhältnisse. Demnächst soll auch, und zwar in Braila, ein rumänisches sozialistisches Organ erscheinen.

Die zwar — in Folge der Unentwickeltheit der Industrie einerseits, und der noch außerordentlichen Macht der Pfaffen über die systematisch verdummte Bevölkerung — kleine, aber tüchtige sozialistische Partei Portugals trifft bereits ihre Vorbereitungen für den Anfangs Januar n. J. in Porto stattfindenden (vierten) Jahreskongreß.

Die agrarische Bewegung in Irland nimmt ihren unausgesetzten Fortgang und fängt an, die herrschenden Klassen Englands, welche sie lange als geringfügig und als das Werk einiger arbeitsscheuer und eigenthumsgefährlicher Subjekte darzustellen suchten, lebhaft zu beunruhigen.

Neuerdings hat das leitende Komitee der Agitation, um dieselbe immer unüberwindlicher zu machen, ein Manifest an das irische Volk über die ganze Erde, hauptsächlich an die irischen Abkömmlinge in den Vereinigten Staaten, ergehen lassen, in welchem es seine Landesleute um ihre moralische und materielle Unterstützung ersucht, um die Irländer in der Heimath in dem Bestreben zu fördern, eine vollständige Umwandlung in den Grundeigenthumsverhältnissen herbeizuführen.

Berichte.

K. Bromberg, 15. Oktober. Im benachbarten, Ehoener, Kreise hat sich vor Kurzem ein Fall von empörendem Mordmuth und bestialischer Rohheit eines Arbeitgebers ereignet. Ein bejahrter Landarbeiter, der bei dem Pächter Frevert zu Worsmann bei Gnesdowo, als Acker in Dienst war, verließ diesen Dienst, da Frevert ihm eine ihm selbst gebührende Wiedervergeltung nicht aus dem Stalle lassen wollte.

O. Aus Oesterreich, 15. Oktober. In Wien hat sich vor kurzem vor dem Landesgericht ein Prozeß abgehandelt, welcher, an sich klein und unbedeutend, ein großes Streichlicht auf unsere „heute der Welt“ wirft. Angeklagt war die Rechnungsräsidenten-Frau Marie R. über welche die Verhandlungen folgendes ergaben: Die Angeklagte, Mutter mehrerer Kinder, sah sich seit Jahren mit den paar Pfennigen Pension, welche ihr der großmüthige Staat gewährt, und ihrer Gatte Arbeit, mühselig genug durch's Leben. In Folge des allgemeinen Arbeitsmangels aber fiel dieser letzte Verdienst, trotz aller Bemühungen der heiligen Frau bald weg, und diese sah sich der größten Noth überliefert.

Und was führte diese Frau jetzt vor Gericht? Der Kallage zufolge hat sie ihre Kinder „unter Kostern“ aufgefodert, an kein göttliches Wort zu glauben, da es kein solches geben könne, weil es sonst nicht solche Leiden unschuldiger Menschen zulassen könnte.

brechen der Religionslehre“ und beantwortet, die bereits durch alle Prüfungen Gehörte zu guter Letzt auch noch ins Gefängnis zu schicken! Die Angeklagte, welche wegen Mangels der nöthigen Kleidungsstücke nicht vor Gericht erscheinen konnte, richtete man eine ihre verweirte Körper- und Seelenverfassung so eindringlich schuldigende Eingabe an das Gericht, daß dasselbe wohl nicht ohne Weiteres zur Verurtheilung schreiten konnte, sondern beschloß — den Geisteszustand der Angeklagten untersuchen zu lassen.

Größe und heilige Menschen erst schuldlos dem Elend, und der Verzweiflung anheimfallen zu lassen und sie dann, wenn sie aus Erfahrung die „göttliche“ und menschliche Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaftsverhältnisse kennen und verabscheuen gelernt haben, wegen letzterem auch noch als Verbrecher (oder Kriminellen) zu behandeln — ist das nicht eine herrliche Weltordnung? Und wie schlecht müssen nicht Menschen sein, welche dieselbe „umzusetzen“ und zu ändern streben, wie es die unsamen Sozialdemokraten thun!

Soeben erscheint an Stelle unserer verbotenen Blätter „Volksblätter“ und „Freiheit“ ein neues: „Die Zukunft“. Nach den bisher mit unserer hiesigen Pressepolitik gemachten Erfahrungen darf man sich zwar über das Prosperieren des Blattes keinen allzu großen Hoffnungen hingeben, Andererseits wollen wir doch nicht ohne Bedauern sehen, daß in unserer Kreise nicht „Möge die Zukunft“ gediehen, soweit es vor in der gegenwärtigen Situation überhaupt möglich ist, und die Unterdrückung der Arbeiter finden.

Volksbuchhandlung HOTTINGEN-ZÜRICH.

Centrallager
Sozialdemokratischer Literatur.

Jahrbuch

Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

Herausgegeben von
Dr. Ludwig Richter.

I. Jahrgang. I. Hälfte. gr. Octav 20 Bogen stark. Broch. Preis für Arbeitervereine nur Fr. 3. 50 (im Buchhandel Fr. 4. 50).

Bei der eminenten Bedeutung der sozialen Frage, die immer weitere Kreise nicht nur interessiert, sondern tatsächlich auch beschäftigt, lag das Bedürfnis nach einem durchaus objectiv gehaltenen Jahrbuche für Sozialwissenschaft gerade in der Luft.

Die Frau und der Sozialismus.

Von August Bebel.

12 Bogen Gross-Oktav. — Preis 2 Fr. — Mk. 1. 50.

Dieses Buch ist eines der trefflichsten Erscheinungen der neueren sozialistischen Literatur, nicht allein weil es die ganze große Frage über die der Frau zukommende Stellung in der Gesellschaft in einer für jeden Einsichtsvollen verständlichen Weise zur Lösung bringt, sondern auch, weil es so verständlich und anregend geschrieben ist, dass es sich ganz besonders zu einer nachhaltigen Agitation für die sozialistischen Prinzipien und zur Gewinnung der Fragen für die Arbeiterbewegung eignet.

Der Republikaner.

Illustrierter Volkskalender für 1880.

Gegründet von
Reinhold Rüegg.

Preis 50 Ct.

Der Kalender ist ein Volksbuch im wahren Sinne des Wortes, und behält wir zahlreichen Bestellungen entgegen.

Inhalt: Unsere Lösung, Gedicht von J. G. Herder. — Kalendardatum mit interessanten Angaben über die Temperatur- und Witterungsverhältnisse, sowie über die Niederschlagsmengen während des Jahres 1880 in den wichtigsten meteorologischen Punkten der Schweiz und anderer Länder, sowie einer Abhandlung über die fertigen und im Werden begriffenen Gesteine von Professor Dr. A. Weilenmann. — Zahlreiche Notizen über wichtige geschichtliche Ereignisse und Geburts- und Sterbetage berühmter und berühmter Männer. — Vollständiges Verzeichniß der Jahrs- und Viehmärkte der Schweiz mit Angabe der bedeutendsten Märkte der angrenzenden Länder. — Das verlorene Kind. Ein Bild aus dem Leben von C. Labeck. — Beladung und Räche. — Es soll erst Alles satt werden. — Ehrlichkeit und Mäßigkeit. — Adel und Art. — Der Kampf ums Dasein. — Die älteste Bergbahn der Welt (mit 6 Illustrationen) von Adolf Ott. — Eine kritische Stunde. — Die Liebe. Gedicht von Georg Herwegh. — Glückselig. Gedicht von Fr. v. Bodenstedt. — Ueber Fahrhaberversicherung, von H. Stüssli. — Philosophie in der Kinderstube. — Im Schneegewitter (mit Illustration), von d. g. — Joh. Casp. Sieber (mit Portrait), von E. Schönenborger. — Sprüche. — Ein wahrhaft liberaler Schweizerbürger. — Geistesbildung (Arabische Sprüche). — Oktoberphantasie (mit Illustration), von R. Rüegg. — Essen und Trinken. — Die Meisterstücke des Kochs. — Das Wirthshaus. — Die Vaterlandskunde bei den schweizerischen Rekrutenaufstellungen, v. J. J. Schenkel. — Jakob Stämpfli (mit Portrait), v. J. S. — Eine Erinnerung. — Die Korruption. — Ausspruch von Thiers. — Arm und Reich. — Gedicht von Julius Kell. — Ein Hochverrath ohne Gleichen, von Max Kogel. — Jedes junge Mädchen. — Eine Frau. — Wein und Liebe. — Fürsten. — Ein neu Wilhelms-Tollen-Lied. — Ueber Schutzzoll. — Sprüche. — Ueber das Duell, von Claude Tillier. — Zwei Dutzend Sprüche. — Die Unverschämtheit. — Triumph naturwissenschaftlicher Forschungen. — Skizze von Dr. Arnold Dodel. — Thiers und das Exil. — Unter dem Drucke der Gewalt. — Die vier Viertel des Lebens. — Mozart und Haydn. — Der größte Gründer. — Förster Eichelkraut und der freisinnige Turant. — Eine heitere Geschichte aus schwarzer Zeit, von Max Kogel. — David und Goliath. — Annoncen.

Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.
Wiederverkäufer werden gesucht bei hohem Rabatt.